

Pressemitteilung vom 24.02.2026 zum TV-N Bayern

Tarifverhandlungen für die bayerischen Nahverkehrsunternehmen – Kritik an Streiks am 27.02. und 28.02. statt des angebotenen Verhandlungstermins

Die Arbeitgeber kritisieren die erneuten Streiks deutlich. Die Streiks am 27.02.2026 sind aus Sicht der Arbeitgeber völlig unverständlich. Genau dieser Termin wurde der Gewerkschaft ver.di zur Fortsetzung der Verhandlungen angeboten. Die Gewerkschaft hat diesen Termin abgelehnt und führt stattdessen Streiks durch. Lösungen können aber nur gemeinsam am Verhandlungstisch gefunden werden. Die Streiks belasten daher die Bevölkerung zu Unrecht.

In der zweiten Verhandlungsrunde hatte die Gewerkschaft ver.di deutlich gemacht, dass für eine Einigung eine Entgelterhöhung von knapp 670,00 Euro und damit ein Gehaltsplus durchschnittlich 16 Prozent über alle Entgeltgruppen zwingend sei. Zusätzlich beharrt die Gewerkschaft auf einer Reduzierung der Arbeitszeit von 38,5 auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich.

Für die Stadtwerke München beispielsweise bedeuten allein die geforderte Entgelterhöhung um knapp 670 Euro und die geforderte Arbeitszeitreduzierung auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich in Summe Mehrkosten von 84 Mio. Euro pro Jahr. Dies entspricht einer Steigerung der Personalkosten von mehr als 25 Prozent. Hinzukommen noch zahlreiche weitere Forderungen, wie z.B. die Erhöhung von Zuschlägen.

Ein Angebot in dieser Größenordnung würde das innerhalb und auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Mögliche weit überschreiten, sodass die Forderungen schlicht nicht erfüllbar sind.

Ansichts der angespannten finanziellen Lage der Kommunen würden derartige Personalkostensteigerungen zwangsläufig zu höheren Fahrpreisen und einer Reduzierung des Verkehrsangebots führen. Auch außerhalb des öffentlichen Dienstes wäre die Erfüllung dieser hohen Forderungen nicht realisierbar und würde Insolvenzen und Stellenabbau nach sich ziehen.

Das bereits seit der ersten Verhandlungsrunde vorliegende Angebot der Arbeitgeber ist vergleichbar mit dem Tarifabschluss für die Kommunen aus dem vergangenen Jahr sowie dem aktuellen Tarifabschluss der Länder. Es bietet dabei eine kürzere Laufzeit an.

Die Arbeitgeber sind weiterhin fest entschlossen, gemeinsam mit ver.di Lösungen am Verhandlungstisch zu finden. Das erfordert, dass alle Sichtweisen angemessen berücksichtigt werden. Das sind die Interessen unserer Beschäftigten, aber auch – wie in allen anderen Branchen – die wirtschaftliche Situation der Unternehmen. Nur so kann es gelingen, gemeinsam mit unseren Beschäftigten dauerhaft einen sicheren und zuverlässigen Personennahverkehr und damit eine zukunftsorientierte, nachhaltige Mobilität zu gewährleisten.